

WIRTSCHAFT

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.17 1989 Preis 7,-

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion des EWG/AL
Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail slp@gmx.at

Solidaritätspreis 10,-

12.000.-

Mindestlohn!

Im Jahre 1988 stiegen die Gewinne der Kapitalgesellschaften und sonstige Einkünfte aus Besitz und Unternehmungen um 14,3 bzw. 12%! Gleichzeitig stiegen die Bruttoentgelte für unselbstständige Arbeit um lächerliche 3,4%. Rund 1 Million Menschen leben in Österreich knapp an oder unter der offiziellen Armutsgrenze (5134.- öS).

Auf dem kapitalistischen Markt stehen sich 2 Gruppen von Verkäufern gegenüber:

* Die Kapitalisten, die Lebensmittel, Gebrauchs- und Luxusgüter, Wohnraum und Kultur verkaufen.

* Die, die ihre Arbeitskraft den Kapitalisten verkaufen und deren Maschinen bedienen, um leben zu können.

Wir können nicht akzeptieren, daß die Unternehmer auf Kosten der Masse der Arbeitnehmer enorme Profite scheffeln. Es ist an der Zeit, endlich eine Umverteilung von oben nach unten durchzuführen. Deshalb fordern wir einen Mindestlohn von 12.000.- öS und Einführung einer gleitenden Lohnskala. D.h. die Lohnerhöhungen müssen mindestens die Steigerung der Lebens-

haltungskosten abdecken. Diese beiden Maßnahmen sind notwendig, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren!

Die Grundbedürfnisse eines Menschen beschränken sich nicht mehr auf Essen, Wohnen und Kleidung, sondern auch auf



Durchschnittslohn in der
Textilindustrie 8760,72.-brutto

Kultur, Bildung, Kommunikation, Freizeitgestaltung, Reisen...Die kapitalistische Wirtschaft ist zwar in der Lage, diese Bedürfnisse und noch viele mehr zu

erzeugen und zu vermehren - aber sie ist weder willig noch fähig, sie zu befriedigen. Es ist das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, daß nur wenige sich all diese Bedürfnisse leisten können.

Gleichzeitig muß es zur Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend dem technischen Fortschritt -d.h. zur Verteilung der Arbeit auf alle - kommen. Zudem muß es ausreichend viele kostenlose öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten, Ganztagschulen, Gemeinschaftsküchen und Gemeinschaftswaschküchen geben, um auch Frauen

Fortsetzung Seite 2

Inhalt:

Praktikanten.....	3
AZ.....	4
Ungarn.....	6
Ladenschluß.....	7
Verstaatlichte.....	8
Paris 89.....	11
Streik der Bergarbeiter.....	12
Wohnbau.....	14
Was wir wollen.....	15

EDITORIAL

Liebe Genossinnen!
Liebe Genossen!
Vorweg wollen wir uns dafür entschuldigen, daß wir diesmal etwas länger als 2 Monate für die neue Zeitung gebraucht haben - aber auch wir waren auf Urlaub. Doch wo wir auch waren, wir haben überall dasselbe gesehen. Obdachlosigkeit, Verelendung, Verschmutzung von Trinkwasser und Umwelt, steigende Arbeitslosenziffern - und das nicht etwa in Krisenzeiten!

Zur selben Zeit machen die Kapitalisten gigantische Gewinne! Man will uns weismachen, daß es uns gut - ja schon fast zu gut - geht. Daß die Zeiten von Klassegegensätzen - und besonders von Klassenkämpfen - entgültig vorbei sind. Aus dem sozialdemokratischen Lager kommen Stimmen, die noch immer an die Reformierbarkeit des Kapitalismus d.h. an die "soziale Marktwirtschaft" glauben.

Doch der lange Nachkriegsaufschwung ist entgültig vorbei. Die Kapitalisten gehen daran, die sozialen Errungenschaften Schritt für Schritt zu besetzen.

Wie in Österreich gehen auch international die Unternehmer in die Offensive. Die Streikbewegungen in Frankreich, Spanien und Großbritannien sorgen auch in den bürgerlichen Zeitungen für Schlagzeilen. Die europäische Gewerkschaftsbewegung kämpft in vielen Bereichen um das Überleben. Es ist unsere Aufgabe, diese Kämpfe zu dokumentieren, zu analysieren und mit unserer Solidarität zu unterstützen.

Aber dazu brauchen wir eure Unterstützung. Schickt uns Leserbriefe, spendet für VORWÄRTS und arbeitet aktiv in SJ, SPÖ und Gewerkschaften für den Aufbau einer starken marxistischen Tendenz.

Die Redaktion (Sept. 1989)

(und in der Praxis sind es immer noch Frauen) die Möglichkeit zu geben, arbeiten zu gehen und somit finanziell vom Partner unabhängig zu sein.

Wir haben auch die Frage des Basislohns (d.h. jeder bekommt ab einem bestimmten Alter ein Grundeinkommen - egal ob man arbeitet oder nicht) diskutiert. Der Basislohn würde die Gesellschaft in Arbeitende und Nichtarbeitende spalten. Unser Ziel aber ist es, möglichst alle in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Das Selbstbewußtsein und die soziale Stellung sind nicht zuletzt abhängig von Arbeit und Bildung. Für jene Personen, die - aus den verschiedensten Gründen - nicht arbeiten, muß die Gesellschaft ein ausreichend soziales Netz aufbauen. Diese Leistungen würden von finanziellen Zuwendungen bis zu kostenlosen gesellschaftlichen Einrichtungen reichen.

Es ist nicht länger tragbar, daß, wie 1988, tausende Menschen mit weniger als 5.000,- öS pro Monat "auskommen" müssen. (Rund 1/3 aller Arbeitslosengeldbezieher, 70% der weiblichen Notstandshilfebezieher, 90% der Arbeitslosen unter 19), ganz abgesehen von Mindestrentnern und nichtberufstätigen Frauen.

Unser Ziel ist es, daß jeder Arbeiter einen Mindestlohn von 12.000,- zu Verfügung hat (verbunden mit einer gleitenden Lohnskala). Der Betrag von 12.000,- entspricht dem durchschnittlichen Nettobezug eines männlichen Angestellten. Natürlich ist es unser Ziel, die bestehenden Kollektivverträge weiter auszubauen und verstehen den Mindestlohn nur als eine Grenze, die nicht unterschritten werden darf. Die gleitende Lohnskala ist nur eine Absicherung, um den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung abzusichern. Gleichzeitig müssen wir ständig für spürbare Realloohnerhöhungen kämpfen.

Die Einführung des Mindestlohnes würde einige Probleme lösen

bzw. mildern. Es wäre nicht mehr möglich, Ausländer oder Praktikanten als "Lohnrücker" einzustellen, da ja auch sie einen Mindestlohn erhalten. Es würde zu einer Verringerung der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern kommen. Das Ziel ist weitergehend die völlige Gleichstellung. Es würde zusätzliche Arbeitsplätze frei, da niemand auf Überstunden angewiesen wäre. (Derzeit arbeiten 1/3 der Frauen und 50% der Männer mehr als 46 Stunden pro Woche.)

Natürlich werden die Unternehmer all diese Verbesserungen nicht kampfflos zulassen. Es ist notwendig, von Seiten der Gewerkschaft und der SPÖ massiv Druck zu machen. Mit diesen Forderungen könnte die Gewerkschaft ihre Mitglieder mobilisieren und die SPÖ hätte die Chance auf die Absolute bei der nächsten Wahl. Aber trotzdem muß uns klar sein, daß es nicht ausreicht, diese Forderungen zu erfüllen. Sie dienen zwar dazu, die Lebenssituation merklich zu verbessern, sind aber nur Übergangslösungen. Der Kampf für die gleitende Lohnskala und höhere Löhne kann nur der 1. Schritt für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung sein. In weiterer Folge streben wir die Vergesellschaftung der

wichtigsten Produktionsmittel (Banken, Fabriken, Dienstleistungsbetriebe) an, um die kapitalistischen Marktmechanismen zu durchbrechen. In letzter Konsequenz kann eine Gesellschaft, in der jeder Arbeit und einen möglichst hohen Lebensstandard hat, nur in einer demokratischen Planwirtschaft unter Arbeiterkontrolle verwirklicht werden.

Sonja Grusch SJ 10

(Da die Problematik nur angerissen werden konnte, soll dieser Artikel der Beginn einer tiefergehenden Diskussion sein.)

Praktikanten:

Ausbildung oder Ausbeutung?

Jährlich arbeiten ca. 50.000 Schüler und Studenten in den Ferien. Die einen um Geld zu verdienen, die anderen, weil sie im Rahmen ihrer Schulausbildung ein Pflichtpraktikum absolvieren müssen. Während Erstere aufgrund der freien Jobwahl meist recht gut (und auf jeden Fall besser, als Lehrlinge im selben Beruf) bezahlt sind, trifft das bei Pflichtpraktikanten nicht zu.

Pflichtpraktikanten müssen theoretisch keinem Dienstverhältnis unterliegen - und hätten dann auch kein Anrecht auf die entsprechende Rechte. In der Praxis aber erfüllen sie alle Kriterien für ein echtes Dienstverhältnis (fixe Arbeitszeiten, weisungsgebunden, zur Arbeitsleistung verpflichtet). Als Pflichtpraktikant befindet man sich in einer äußerst ungünstigen Situation! Als Bezahlung erhält man die entsprechende Lehrlingsentschädigung. (So erhält z.B. der Schüler einer Modeschule am Anfang seiner Ausbildung 480,- pro Woche.)

Zudem kommt noch, daß man auf sein Praktikum angewiesen ist, um seine Ausbildung zu beenden und somit oft Arbeitsbedingungen und Gehälter akzeptieren muß, die eigentlich eine Zumutung sind.

Für Unternehmer aber sind Pflichtpraktikanten ein einfacher Weg, um mehr Profit zu machen. Denn auch wenn diese noch nicht voll ausgebildet sind, können sie genug um ihre (mindestens)

40 Stunden gewinnbringend abzu- und nicht als billige Arbeitskräfte und Lohnrücker zu Handlangerdiensten. Die wenigsten sind Gewerkschaftsmitglied oder wissen über ihre Rechte bescheid. Und da sie auf den Job angewiesen sind, kann man mit ihnen "sowieso machen was man will". Die wenigsten Unternehmer zahlen den, gesetzlich zustehenden, aliquoten Anteil am Urlaubs- und Weihnachtsgeld und die Urteilsabfindung freiwillig. (Diese Zusatzzahlungen können bis zu einem Wochenlohn ausmachen.) Im Gastgewerbe werden Praktikanten zu Überstunden

und nicht als billige Arbeitskräfte und Lohnrücker zu fungieren! Die Gewerkschaft sollte ihre Informationskampagne wesentlich offensiver betreiben, als sie das bis jetzt betreibt. Sie soll in Verbindung mit dem Unterrichtsministerium eine den, gesetzlich zustehenden, aliquoten Anteil am Urlaubs- und Weihnachtsgeld und die Urteilsabfindung freiwillig. (Diese Zusatzzahlungen können bis zu einem Wochenlohn ausmachen.) Im Gastgewerbe werden Praktikanten zu kämpfen!

Sonja Grusch SJ 10



Praktikanten: Billige Arbeitskräfte für die Unternehmer

herangezogen, obwohl das für unter 18-jährige nicht erlaubt ist. Ebenfalls aus dem Gastgewerbe sind Fälle bekannt, bei denen Praktikanten in menschenunwürdigen Behausungen leben mußten!

Es ist an der Zeit die Lage der Pflichtpraktikanten entscheidend zu verbessern! Die Aufgabe des Praktikums ist es Berufspraxis zu vermitteln,

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Andrea Koch
Grenzackerstr.19/9/4 1100 Wien
Druck: A. Riegelink
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien

Das Spendenkonto:
PSK 1.670.350

Vom Sprachrohr



Vom Sprachrohr
zum Stiefkind

Im hundertsten Jahr ihres Bestehens wird die AZ verkauft und in ein sogenanntes "links-liberales Blatt" (nach Aussagen des neuen Eigentümers Schmid zwischen "Kurier" und "Standard") umgewandelt.

Die Anteile an der AZ verteilen sich auf die SPÖ mit 10% und die Birko GesmbH (Hans Schmid) mit 90%. Die SPÖ besitzt de facto keinen Einfluß mehr, die Entscheidung über die Bestellung der Redakteure und über die Blattlinie liegt beim 90%igen Eigentümer und Medienunternehmer Hans Schmid, die Hälfte davon wird voraussichtlich der britische Zeitungsmulti Maxwell übernehmen. Wie der "Sozialdemokrat" Maxwell mit Arbeitsplätzen umgeht, hat er bereits in Großbritannien und Frankreich bewiesen, wo Maxwell nach Übernahme der Zeitungsverlage hunderte Arbeitsplätze "wegrationalisiert".

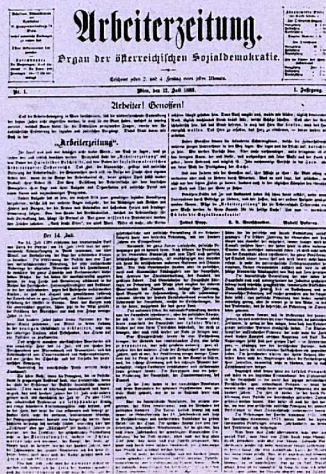
Das verschenkte Zentralorgan

Der Verkauf der "Neuen AZ" kostet der SPÖ außerdem einiges: 7 Millionen öS Gesellschaftseinlage (für die 10% Beteiligung), 45 Millionen öS Verlustabdeckung für das erste Halbjahr 1989, 10 Millionen öS Haftung für eventuelle Journalistenabfertigungen (Anspruch bei Änderung der Blattlinie) und ein 20-Millionen-Darlehen an die neue Gesell-

schaft, das erst zurückgezahlt werden muß, wenn die Zeitung in der Gewinnzone ist. Diese Millionen müssen von der Bundes-SPÖ, SPÖ-Wien, SPÖ-NÖ und der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter aufgebracht werden. Rein vom finanziellen Standpunkt zahlt sich der Verkauf der AZ für die SPÖ trotzdem aus: Die "Neue AZ" machte im Vorjahr 86 Millionen öS Verlust. Dieser Verlust wäre jedoch vermeidbar gewesen - der Verlust der Zeitung war nur der Schlußpunkt einer jahrelangen Entwicklung. Die AZ hatte zuletzt nur 75.000 Käufer und 240.000 Leser.

Nach dem Krieg in den späten 40er Jahren war die AZ mit einer Auflage von mehr als 300.000 einige Jahre die größte Zeitung Österreichs. Zwar wurde sie noch als politisches Blatt mit Massenverbreitung geführt, aber die SPÖ-Führung verhinderte stets eine kritische Haltung zur Parteipolitik. Die AZ entwickelte sich aber in den nächsten Jahren (besonders in den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs) zusehends vom Sprachrohr zum Stiefkind der Partei. Die Boulevardpresse (vor allem die Kronen Zeitung) gewann nicht zuletzt mit Unterstützung von Partei- und Gewerkschaftsbürokraten immer mehr an Einfluß.

Die Partei investierte immer weniger Engagement in die AZ. Es wurde auch immer weniger politischer Inhalt geboten, die Partei konzentrierte sich



zum Stiefkind

immer mehr auf nichtssagende Werbepлакate und unpolitische Feste.

1889 - 1989

Die erste Ausgabe der "Arbeiter-Zeitung" erschien am 12.7.1889, seit 1.1.1895 täglich. Damals scheute man weder Kosten noch Mühen, um eine Zeitung herausbringen zu können. Eine sozialistische Presse ist auch heute noch die beste Möglichkeit, die Arbeiter anzusprechen und zu organisieren. Auf die bürgerlichen Medien konnten und können sich die Arbeitnehmer nicht verlassen. Streikbewegungen können z.B. durch bürgerliche Propaganda und falsche Information verhindert oder zerschlagen werden.

In der Tat hätte der Jännerstreik 1918 vermutlich nie diese Dimensionen angenommen, wenn die Arbeiter der Donaumonarchie nicht von einer sozialistischen Arbeiterpresse informiert worden wären. Aber die Parteiführung nutzte gleichzeitig über die "Arbeiterzeitung" die Möglichkeit, durch beschwichtigende Artikel eben diese Bewegung zu zerschlagen. (Auch beim Oktoberstreik 1950 betrieb die Arbeiterzeitung eine Hetzkampagne gegen den sogenannten "Kommunistenputsch".)

In den Regierungsjahren der SPÖ wurde die AZ immer mehr dazu verwendet, die Regierung zu rechtfertigen. Manfred Scheuch fühlte sich als Chefredakteur des Zentralorgans bemüßigt, jede Entscheidung der Parteitopie und jeden in Schwierigkeiten geratenen SPÖ-Politiker bis zur Peinlichkeit zu verteidigen. Als sozialistische Arbeiterpresse konnte man die "Neue AZ" ohnehin nicht mehr bezeichnen. Das ist wohl auch

der Hauptgrund, warum die Auflage ständig gesunken ist. Das Zentralorgan ist sogar von vielen Parteimitgliedern nicht gelesen worden.

Doch die SPÖ versuchte nie, eine wirklich sozialistische Zeitung, die auch und zu jeder Zeit die Politik der SPÖ kritisieren kann, aufzubauen. Die SPÖ versuchte schon lange nicht mehr, die Probleme der arbeitenden Bevölkerung in den Mittelpunkt der Berichterstattung zu stellen. Genauso wie das Konzept einer "linken" Volkspartei scheitern muß, so mußte auch das Konzept einer "Neuen



Manfred Scheuch

Für eine sozialistische Arbeiterpresse

statt Zeitung

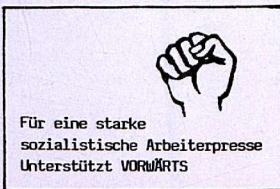
Gerade in einer konservativen Medienlandschaft mit Tendenz zur Monopolisierung ist es wichtig, einen sozialistischen Gegenpol zu haben. Es gibt zwar einige Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Kabelfernsehprogramme, aber die Eigentümer (private Unternehmer) sind stets dieselben!

Die Aufgabe der AZ wäre es gewesen, das Bewußtsein der Arbeiterschaft zu stärken und sie in jenen Bereichen zu informieren, wo bürgerliche Blätter gar nicht oder falsch berichten. Durch den Verkauf der "Neuen AZ" hat die SPÖ diese Möglichkeit aus der Hand gegeben. Die Masse der Arbeiterschaft kann nicht mehr von der Sozialistischen Partei informiert und organisiert werden.

Gespart wird allerdings an der falschen Stelle: Eine Zeitung ist wohl ein wirksames Mittel zur Durchsetzung politischer Ideen als teure Werbegeschenke, nichtssagende Plakate und Bierzeltfeste. Oft wird selbst von Parteifunktionären das Argument vorgebracht, das Parteizeitungen nicht mehr zeitgemäß seien und daher defizitär sein müssen.

Für eine sozialistische Arbeiterpresse

Andrea Koch SJ 10



Für eine starke sozialistische Arbeiterpresse Unterstützt VORWÄRTS

UNGARN:

Rückkehr zum Kapitalismus ?

Die bürokratische Planwirtschaft hat keine weitere Entwicklungsmöglichkeiten. Angesichts der jetzigen Krise sind die herrschenden Bürokraten in den entarteten Arbeiterstaaten in 2 Flügel gespalten da sie nur 2 Wege sehen um ihre Macht zu erhalten (die aber nicht gegensätzlich sind):

- * durch Gewalt und Repression (wie in China)
- * durch die Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen unter bürokratischer Kontrolle.

Beide Wege sind für die Bürokratie keine dauerhafte Lösung. Das Beispiel China verdeutlicht, daß die Bürokratie wieder zur Zentralisation zurückkehrt, sobald die Marktgesetze außer Kontrolle geraten. (Arbeitslosigkeit, Inflation)

Reformen in Ungarn

Das Land, daß heute die weitgehendste wirtschaftliche und politische Öffnung vorgereitet ist Ungarn. Ausgangspunkt für den politischen Schwung ist die schwere wirtschaftliche Krise, die seit Anfang der 80er Jahre besteht. Bis zum Volksaufstand 1956 gab es eine einseitige Unterstützung der Schwerindustrie. Dann legte die Bürokratie, um das Volk ruhig zu halten, mehr Gewicht auf die Konsumgüterindustrie: "Gulaschkommunismus". Um ein allzutiefes Absinken des Lebensstandards zu verhindern, bediente sich das Regime der verstärkten Auslandsverschuldung (Bruttoverschuldung: 1971 1 Mrd \$, 1980 9,1 Mrd \$, 1987 17,7 Mrd \$)

Für die Lösung der Krise greift die Bürokratie zu einschneidenden Maßnahmen. 1988 kam es zur Liberalisierung des Außenhandels,

zur Aufhebung des Außenhandelsmonopols; ausländische Kapitalbeteiligungen bis zu 100% mit Steuererleichterung, sowie privater Aktienhandel werden zugelassen. Private Unternehmer dürfen nun statt 30, wie bisher, 500 Personen beschäftigen.

Die USAP (KP Ungarns) ist in 3 Flügel gespalten:

- * Der Ultrareformflügel um Parteichef Poszgay will 25% der ungarischen Industrie privatisieren, ein Mehrparteiensystem errichten und die Opposition einbinden.
- * Die Zentrumsfraktion um Groß will nur Parteien zulassen, die sich auf den "ungarischen Sozialismus" berufen.
- * Die Ferencs-Münich-Fraktion, die den Status Quo aufrechterhalten d.h. die Privilegien durch staatliche Repressionen schützen will.

Letzlich wollen aber alle 3 Gruppen, wenn auch mit verschiedenen Mitteln, das Ziel, den Erhalt ihrer Privilegien, erreichen.

Krise der Bürokratie

Die derzeitige Krise ist keine Krise der Planwirtschaft im allgemeinen, sondern eine Krise der stalinistischen Planwirtschaft. Planwirtschaft braucht Demokratie, um zu funktionieren, genauso wie der Körper Sauerstoff. Doch in einer Arbeiterdemokratie wäre kein Platz für eine privilegierte bürokratische Herrscherschicht. Deshalb wird die Bürokratie niemals wirkliche Arbeiterdemokratie zulassen und nur zu Scheinlösungen, wie der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente greifen. Sie hofft damit, die ungarische Wirtschaft zumindest für eine

Zeit lang anzukurbeln. Doch ebenso, wie der Markt im Westen nicht krisenfrei sein kann, wäre er es auch in Ungarn nicht.

Die negativen Folgen des neuen Kurses kann man schon jetzt sehen. Der Lohn eines Arbeiters beträgt 1500.-85. Dieses Geld reicht nicht für den Unterhalt einer Familie aus. Zweit- oder sogar Dritjobs sind notwendig, um eine Familie in Ungarn über Wasser zu halten. Jeder 3. Ungar lebt unter der offiziellen Armutsgrenze (980.-85), Rentner erhalten nur 910.-85.

Die Überlastung durch Zweit- und Dritjobs, sowie die jahrzehntelange politische Entmündigung sind der Grund warum die Arbeiterklasse bei der Opposition bisher fast keine Rolle spielt. Die anonyme Macht der noch passiven Arbeiterklasse ist allerdings ein Faktor, der auch den Ultrareformer Poszgay beunruhigt. ("Die anonymen Massen haben noch nicht gesprochen" und "Wenn es die Leute nicht mehr tolerieren können, wird eine Rebellion ausbrechen")

Perspektiven

Trotz aller Reformen die jetzt in Ungarn und Polen durchgeführt werden, bedeutet das nicht die schrittweise Einführung des Kapitalismus in diesen Ländern. Keine herrschende Schicht oder



Klasse hat je ihre Positionen freiwillig verlassen, oder sie je "wegliberalisiert". In vielen Ländern Osteuropas sieht ein Flügel der Bürokratie die letzte Möglichkeit zur Erhaltung ihrer Privilegien im Gesamten in der Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen. Dieser Teil der Bürokratie hofft, durch den derzeitigen Boom im Westen und massiver Unterstützung durch selbigen einen Rückhalt bei rückständigen Teilen der eigenen Bevölkerung zu finden (z.B. in Polen im kirchlichen Bereich).

Doch wenn im Westen die nächste Rezession ausbricht, wird dieser Glaube in die Vorzüge der Marktwirtschaft schnell verschwinden.

Kapitalismus kann in den osteuropäischen Staaten nicht einfach durch Reformen wieder eingeführt werden, genausowenig wie umgekehrt der Kapitalismus nicht durch bloße Reformen überwunden werden kann. Die Büro-

kratie könnte höchstens durch ihre Politik die Voraussetzungen für eine kapitalistische Konterrevolution schaffen, die allerdings auch ihr eigenes Ende bedeuten würde. Daher hat die Bürokratie ein natürliches Bestreben die Grundlagen des Staatseigentums an Produktionsmitteln zu erhalten. Und ebenso hat sie ein natürliches Interesse, die bürokratische Verwaltung dieser Planwirtschaft als Quelle ihrer Privilegien zu erhalten. Die Bürokratie befindet sich in Ungarn, wie in allen Ostblockstaaten in einem Widerspruch, den sie selbst nicht lösen kann.

Ihre Antwort sind Manöver von Öffnung zu Repression und umgekehrt (siehe China, SU, Ungarn, Polen,...). Doch der entscheidende Faktor ist die Arbeiterklasse. Sie ist die einzige Kraft, die allen möglichen Bestrebungen einer kapitalistischen Konterrevolution

entgegentreten kann. Der Kapitalismus, der unfähig ist die Mehrheit der Weltbevölkerung nur ausreichend zu ernähren, stellt für Osteuropas Arbeiter keine Lösung für die Krise der stalinistischen Bürokratie dar. Der Westen hat außerdem gezeigt, daß er sich keinen "Marshallplan" für Osteuropa leisten kann und will. In Polen wollte die Solidarnosc 10 Mrd \$ für die Wirtschaft, der US-Präsident Bush hat aber lediglich dem privaten Sektor 100 Mio \$, und für die Landwirtschaft 325 Mio \$ Kredit angeboten.

Der einzige wirkliche Ausweg aus der Krise ist die politische Revolution der Arbeiterklasse gegen die Bürokratie d.h. Entmachtung der Bürokratie, Einführung einer Räte Demokratie sowie die Ersetzung der bürokratischen durch die demokratische Planwirtschaft.

David Mum SJ 23

Neues vom Ladenschluß

Wie schon in der letzten Ausgabe von VORWÄRTS berichtet, gibt es derzeit im Handel enorme Probleme. Die fixen Ladenschlußzeiten sind als verfassungswidrig aufgehoben worden, was die Handelsangestellten in eine schwierige Lage bringt.

Die Handelsangestellten, die ja schon vor dem Verfassungserichterhofsurteil zu den am meisten benachteiligten Arbeitnehmern gehörten, sollen jetzt noch schlechtere Bedingungen in Kauf nehmen. Eine Studie der Arbeiterkammer besagt, daß 57% der Konsumenten heuer noch kein einziges Mal am Abend oder an einem langen Samstag einkaufen gegangen sind. Laut dieser Studie halten mehr als die Hälfte der Befragten dies für sich persönlich sogar überflüssig.

Die einzigen, die wirklich von längeren Öffnungszeiten profitieren, sind Großunternehmer. Sie können einerseits ihre kleineren Konkurrenten niederwirtschaften und andererseits ist es ein weiterer Angriff

auf die Arbeitnehmerrechte. Denn wenn es wirklich zu flexiblen Öffnungszeiten kommt, wären die Handelsangestellten nur der Anfang. Über kurz oder lang käme es auch bei Banken, in Speditionen, in der Nahrungsmittelindustrie und in weiterer Folge noch in den meisten anderen Branchen zu längeren Öffnungszeiten. Und wenn nicht der Zwang besteht, zusätzliche Kräfte einzustellen, kommt es auch zu längeren Arbeitszeiten! Bei der sofortigen Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn hätten alle genug Zeit zum Einkaufen - auch die Handelsangestellten!

Leider hat die GPA in ihrer Informationskampagne, die sie seit ein paar Wochen durchführt, nicht ausreichend auf diese Lösung hingewiesen. Trotzdem ist es ein erster Schritt, daß die GPA, seit diese Kampagne läuft, endlich wieder einmal in größerem Rahmen aktiv geworden ist. Es gibt Infotische und eine Unterschriftenliste. Bis

jetzt wurden bereits rund 130.000 Unterschriften gesammelt. Diese Unterschriftenliste läuft unter dem Schlagwort "Aktion Handeln". Die Aktionen der GPA dürfen sich aber nicht auf Unterschriftenlisten beschränken! Sie muß eine offensive Politik betreiben und sich bewußt sein, daß Streik in letzter Konsequenz das einzige Mittel ist, um diese Forderung durchzusetzen. Theoretisch hat die Gewerkschaftsführung das wohl auch verstanden, jetzt ist es notwendig auch praktisch darauf hinzuarbeiten und die ganze Gewerkschaft auf diesen Kampf vorzubereiten. Im Zuge dieser Auseinandersetzung muß die Gewerkschaft für die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn für alle Beschäftigten, für einen Mindestlohn von 12.000,- und für die gesetzliche Regelungen der Ladenschlußzeiten eintreten.

Michael Bonvalot SJ 5

Kein Ausverkauf der Verstaatlichten

Die Verhandlungen der SPÖ-Führung mit der ÖVP über das Schicksal der Verstaatlichten Industrie sind zwar noch nicht abgeschlossen, aber ein Ergebnis läßt sich mit Bestimmtheit zusammenfassen: Privatisierung! Die Interessen der Beschäftigten und der gesamten österreichischen Arbeiterschaft am Erhalt eines großen staatlichen Industrie-konzerns bleiben unbeachtet.

Die Verstaatlichte Industrie erhält nun die letzten ausstehenden 5,4 Milliarden Subvention aus dem staatlichen Finanzierungspaket. Diese Maßnahme wird von der SPÖ-Führung (besonders von Bundesminister Streicher) als politischer Erfolg der SPÖ bezeichnet. Selbst für die Verstaatlichten-Gewerkschaftsführung bedeutet dieses Verhandlungsergebnis mit den Unternehmervertretern eine Absicherung des Bestehens der Betriebe.

Die ÖVP hat an diese letzte Subvention von 5,4 Mrd. für die Verstaatlichten im Wesentlichen eine Bedingung geknüpft: Weitergehende Privatisierung! Weiters stellte die ÖVP die Forderung nach der schnellen Freigabe neuer Aktien der ÖMV und Erfüllung der im Koalitionsabkommen vereinbarten Privatisierungen. Die SPÖ-Führung leistete keinen Widerstand gegen die Angriffe der ÖVP, so mancher sozialistische Spitzenpolitiker versuchte sich sogar als der bessere Privatisierer zu profilieren. Auch die ÖGB-Führung nimmt keine eindeutige Position für die Erhaltung der Staatsindustrie ein. SPÖ und ÖGB sind bis jetzt ihrer Aufgabe, nämlich Widerstand in den verstaatlichten Betrieben zu organisieren, in keiner Weise nachgekommen.

Beschäftigte als Verlierer

Die Regierung vereinbarte auch den Gang an die Börse für die ÖIAG-Holding. Wenn die Staatsbetriebe in Zukunft nicht mehr in der Lage sind, das Geld für die Löhne oder für betriebliche Leistungen wie Pensionen aufzubringen, wie es nun bei der DDSG der Fall ist, bleiben solchen Unternehmen nur 2 Möglichkeiten: zusperren oder privatisieren! Auf jeden Fall sind die Beschäftigten der Verstaatlichten die Verlierer. Auch wenn der ÖIAG-Konzern mehrheitlich in staatlicher Hand bleibt (Die einzelnen Branchen-Holdings sollen nicht verkauft werden, sondern nur Anteile des Gesamtkonzerns), so müssen die Arbeitnehmer mit einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen rechnen. Die Privatisierung der verstaatlichten Unternehmen ist ein weiterer Angriff auf die erkämpften Rechte aller Arbeitnehmer und wird nur Nachteile für die Belegschaft bringen: niedrigere Löhne, erhöhter Leistungsdruck durch Kündigungen und Rationalisierungen. Auch Bundeskanzler Vranitzky möchte die Einflußnahme der politisch Verantwortlichen (Ministerium und Regierung) auf die bloße Rolle eines Aktionärs (entsprechend der Aktiengesetze) beschränken. Diese Haltung gibt den Managern und privaten Unternehmen freie Hand - somit sind die Interessen der Beschäftigten ohne Schutz den Angriffen der Konservativen ausgesetzt. Die Staatsunternehmen sollen wie private geführt werden und ebenso rücksichtslos gegen die Belegschaft vorgehen. Erst kürzlich wurden in verschiedenen verstaatlichten Unternehmen ungesetzliche Überstundenleistungen

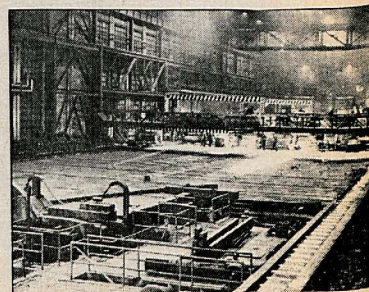
aufgedeckt.

Weitere Privatisierung

Im Herbst 1989 sollen weitere 10% der ÖMV privatisiert werden. Die ÖVP drängt auf den Verkauf von ÖMV-Anteilen, weil dieser Bereich sehr hohe Profite erwarten läßt. Überhaupt muß die Verstaatlichte nun nach den Vereinbarungen von SPÖ und ÖVP mehr verkaufen als ursprünglich vereinbart war. Die Verstaatlichte muß ihre Eigenleistungen (Kapitalerlös aus den Privatisierungen) von etwa 4 Mrd. auf 13 Mrd. anheben. Derzeit wurden bereits 7,4 Mrd. Verkaufserlöse erzielt. Und welche Gefahr den Beschäftigten durch den Ausverkauf ihrer Betriebe droht, beweisen die Erfahrungen mit bereits erfolgten Privatisierungen im In- und Ausland (z.B. GB): Schließung von für die Unternehmer unrentablen Bereichen und damit verbunden Entlassungen; Abbau von Sozialleistungen und Schwächung der (in der Verstaatlichten besonders gut organisierten) Gewerkschaften. Einen Vorgeschmack gab den Arbeitern bereits der Skandal um die VÖEST-Pensionen.

Konsequenzen der Privatisierung

Mehr als 30 000 ehemalige Mitarbeiter der verstaatlichten Konzerne VÖEST-Alpine, VEW-Böhler



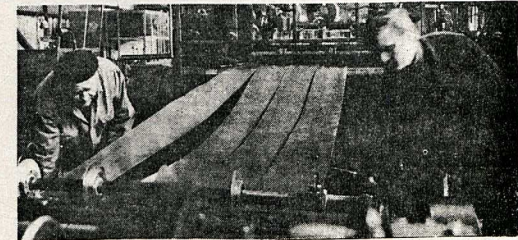
und Elin haben Anfang 1988 zunächst eine empfindliche Kürzung ihrer Treuepensionen hinnehmen müssen, wenig später haben sie die Zusatzpensionen (nach Zahlung einer einmaligen Abfertigung) überhaupt verloren. Das bedeutet für viele Pensionisten den Verlust der Hälfte ihres Lebensunterhaltes. Es ist mehr als fraglich, ob, wie Zentralsekretär Cap es ausdrückte, eine "politische Lösung" zustande kommt, den die finanziellen Mittel müßte der Staat aufbringen. Es scheint für viele SPÖ-Spitzenfunktionäre angenehm, die gesamte Verantwortung dem (von SP-Ministern) eingesetzten Verstaatlichten-Management zuzuschieben. In Wirklichkeit hat die rechte SP-Führung angesichts der Offensive der Konservativen versagt - übrig bleiben die VÖEST-Pensionisten! Die SPÖ muß bei der nächsten Wahl bei Fortsetzung dieser Verstaatlichtenpolitik mit hohen Verlusten bei ihren Kernwählern rechnen. Der Gang an die Börse und die Privatisierung könnte am Problem der Stahlpensionisten scheitern. Die Manager müssen die privaten Anleger, die nur an hohen Profiten Interesse haben, davon überzeugen, daß eine drohende 10 Mrd. Verpflichtung die Basis für eine gute Kapitalanlage ist. Die Regierung will keine Staatsgarantie für die Pensionen übernehmen und die ÖVP lehnt auch die Verwendung der Verkaufserlöse für die Betriebspensionen ab. Wer wird nun die Rechte der ehemaligen VÖEST-Arbeiter vertreten?

Verstaatlichte als billiger Zulieferer

Der ÖIAG steht es nach BM Streicher frei, die Höhe ihrer Beteiligung an verschiedenen Unternehmen selbst zu bestimmen.

Auch bei der Konzernmutter kann der Staatsanteil auf 51% sinken. Die ÖVP will zudem noch die Aufhebung der 51% Grenze und die Überführung der Unternehmen in mehrheitlich private Hand. Um aber Staatsbetriebe an private Unternehmer oder Anleger verkaufen zu können, muß vorher das staatliche Unternehmen bereits völlig auf die Privatwirtschaft umgestellt werden. Diese Entwicklung ist in mehreren Stufen erfolgt: Zuerst wurden die Betriebe auf die Bedürfnisse der "Privaten" ausgerichtet. Die Verstaatlichte diente immer als nützlicher Rohstofflieferant und konzentrierte sich auf Produkte, die

gerlichen kooperierte. Damit waren die Voraussetzungen für eine Offensive der Konservativen vorhanden. Das Ende der Umgestaltung und Rationalisierung der Verstaatlichten bildet die derzeitige Situation. Die zentrale ÖIAG-Holding kontrolliert einen Block von Kernunternehmen (ÖMV, Austria Metall, VÖEST-Stahl, Chemie AG, Elektro/Elektronik AG und Maschinen- und Anlagenbau). Diese Branchenholdings können Beteiligungen an weiteren Unternehmen haben. Eine ideale Voraussetzung für den Einstieg der Kapitalisten ist geschaffen worden. Abgesehen davon wurde der Einfluß der Gewerkschaft



Ein großer Teil der Arbeitnehmer lebt von der Verstaatlichten

keine erstzunehmende Konkurrenz für Privatunternehmen gewesen sind. Durch die Verstaatlichte verhilft der Staat den Unternehmern zu Gewinnen und durch die Investitionen der öffentlichen Hand diente die Verstaatlichte als Motor der Privatwirtschaft (durch Aufträge und Gehälter). Ganze Regionen in Österreich (besonders Ostösterreich) leben von der Verstaatlichten Industrie. In den letzten Jahren wurde die Zergliederung der Verstaatlichten vorangetrieben. Seit Anfang der 80er Jahre gab es hohe Gewinne der Unternehmer. Dazu kommt noch die politische Defensive der SPÖ, deren Führung mit den Bür-

zurückgedrängt. Kündigungen, Frühpensionierungen, Abbau von Sozialleistungen, Rationalisierungen und die Verschlechterung der allgemeinen Arbeitsbedingungen sind die Folgen. Wer profitiert und wer verliert?

Schwäche des ÖGB

In den Verhandlungen über die Bedingungen und das Ausmaß der Privatisierungen mit der ÖVP als Unternehmervertretung wurde die Gewerkschaft auf Grund ihrer selbstgewählten Schwäche nur am Rande einbezogen. In der Öffentlichkeit ist weder die Haltung des ÖGB noch die der Arbeitsgemeinschaft der

Arbeitnehmervertreter im ÖIAG-Konzern bekannt. Die Führung des ÖGB hat nicht einmal versucht, durch eine aktive kämpferische Politik gegen die Privatisierung anzukämpfen. Nicht die Niederlage der Gewerkschaft, die von vielen Spitzenfunktionären nicht als solche verstanden wird, sondern die kampflose Kapitulation vor den Unternehmern und der ÖVP in der Frage der Privatisierung ist entscheidend.

Für eine sozialistische

Verstaatlichtenpolitik

Partei- und Gewerkschaftsbürokraten opfern aus Mangel an sozialistischer Gesinnung und Perspektivlosigkeit die Er rungenschaften der organisierten Arbeiterschaft und machen sich oft selbst zu Sprechern der Privatunternehmer. Die bürgerlichen Medien und ihre Propaganda überdecken überhaupt jedes kritische Wort. Doch der wahre Inhalt ihrer Politik läßt sich auf einen Nenner bringen: Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Die Geschichte der Verstaatlichten zeigt deutlich, daß die Kapitalisten stets wußten, wie sie die Staatsbetriebe zu ihrem Nutzen ausbeuten konnten. Aber trotzdem ist die Staatsindustrie ein Fortschritt im Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Aber in den Aufsichtsräten und Vorständen der Staatsunternehmen sitzen Manager von Privatunternehmern. Ein Beispiel ist der Industrielle Josef Bertsch, Handelskammerpräsident in Vorarlberg und zugleich Mitglied des Aufsichtsrats der VÖEST-Alpine Stahl AG und Vorsteher des Maschinen- und Stahlfachverbandes in der Bundeswirtschaftskammer. Von solchen Leuten können wir die Verteidigung von Arbeiterrechten nicht erwarten. Noch hält die Regierung an der 51% Grenze fest, doch eine konservative Regierung würde kaum zögern, den Staatsbesitz mehrheitlich zu verkaufen. Doch diese Privatisierungen

sind nur die Spitze des Eisbergs. Banken, Energieunternehmen, Gemeindebetriebe und vieles mehr soll privatisiert werden. Die Unternehmen sollen für den Profit der privaten Eigentümer und Multis produzieren und der Staat (Regierung, Ministerium) sowie die Arbeitnehmervertreter sollen ihren Einfluß auf die Unternehmen verlieren. Die jeweilige Belegschaft wird ohne Hilfe durch die gesamte Gewerkschaft und Partei harte Rückschläge in Kauf nehmen müssen. In der SPÖ und der Gewerkschaft müssen wir bereits jetzt die kommenden harten Auseinandersetzungen mit der Konzernleitung vorbereiten. Je früher der Widerstand gegen die Privatisierung in der Gewerkschaft aufgebaut wird, desto besser sind die Chancen im Kampf gegen die Unternehmungler.

Sozialistische Verstaatlichtenpolitik bezieht klar Stellung für die Arbeiterschaft. Im Zentrum der Produktion stehen die Interessen der Arbeitnehmer und nicht der Profit. Die Produktion orientiert sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung - die staatlichen Unternehmen sind Werkzeuge einer sozialist-



Ist der ÖGB Kampfbereit?

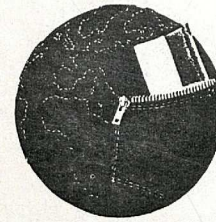
ischen Wirtschaftspolitik, um die Macht der privaten Unternehmer zu brechen. Durch die Verstaatlichte könnte der Staat notwendige Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes, der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter

oder des Ausbaus sozialer Leistungen durchführen. Sozialistische Wirtschaftspolitik darf nicht nur in den Grenzen betriebswirtschaftlicher Überlegungen greifen, sondern muß besonders die Erfordernisse der Volkswirtschaft berücksichtigen. Durch eine weiter ausgebauten Verstaatlichte könnten wir die gesamte Wirtschaft politisch lenken und umfassend planen. um schließlich durch eine international sinnvoll geplante Produktion Wirtschaftskrisen zu verhindern und den Lebensstandard der Arbeiterschaft ständig zu heben. Die Verstaatlichte muß auf alle volkswirtschaftlich notwendigen Bereiche wie Banken, Großindustrie, Großunternehmen und Großgrundbesitz ausgedehnt werden.

Doch diese Verstaatlichung ist nutzlos, wenn die politische Macht nicht durch die Arbeiterklasse ausgeübt wird. Wir wollen die demokratische Kontrolle und Verwaltung der Betriebe durch Vertreter der Belegschaft, Gewerkschaft und des Staats zu gleichen Teilen, um einerseits die wirtschaftliche Demokratie in den Betrieben und andererseits die Planung der Wirtschaft im Interesse der gesamten arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen. Die Ausarbeitung und Durchführung eines zentralen volkswirtschaftlichen Plans zur langfristigen Regulierung einer krisenfreien Produktion unter demokratischer Arbeiterverwaltung und -kontrolle ist unsere zentrale Forderung. Dieses Ziel kann von unseren Übergangsforderungen und damit von der Tagespolitik nicht getrennt werden. Zur wirklichen Lösung der Verstaatlichtenproblematik ist der Kampf gegen Privatisierungspläne genauso notwendig wie der Ausbau und die demokratische Kontrolle der Verstaatlichten. Unterstützt uns im Kampf in SPÖ und ÖGB für eine sozialistische Veränderung.

Thomas Kerschbaum, SJ 10

PARIS



1989

In Paris fand vom 21. bis 26. August ein Treffen der 4 großen Jugendinternationalen statt. Die Sozialistische, die Konservative, die Liberale und die Christdemokratische - die Kommunisten waren nicht im Organisationskomitee vertreten.

Die IUSY, die sozialistische Jugendinternationale, stellte ca. 2500 der 8000 Teilnehmer. Und davon waren wiederum rund 950 SJler und AKSler. Doch abgesehen davon, daß die IUSY nicht voll mobilisiert hatte (es fehlten Teilnehmer der deutschen Jusos und Falken, der englischen LPYS,...), versuchte sie auch nicht, die zahlenmäßige Unterlegenheit durch Aktivität und Kompetenz wett zu machen. Ein einziges Mal zeigte die IUSY ihre Stärke. Bei einer Solidaritätsveranstaltung für Nicaragua war vor allem die österreichische Delegation zahlreich und fahnenschwenkend vertreten. Doch auch hier - wie eigentlich überall - fehlte der Wille zur politischen Information und Agitation. Es fehlten Infotische, Broschüren, Flugblätter... Die täglich stattfindenden, Veranstaltungen zeichneten sich vor allem dadurch aus, daß sie meistens mit 1 - 2 Stunden Verspätung begannen. Auch der (stationäre) IUSY-Stand konnte außer einer - künstlerisch sicher sehr wertvollen - Fotosammlung wenig Politisches bieten. Der Mangel an Aktivität ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in den SJ-Gruppen viel zu wenig versucht wird, die Leute politisch zu schulen und zu motivieren. In manchen Gruppen beschränken sich die Treffen auf Tischtennispielen und Feste. Die SJ hat die enorme Chance, in Paris viele Mitglieder zu aktivieren, verpaßt. Denn

die Teilnehmer waren durchaus an politischen Themen interessiert. Wir konnten ca. 80 Zeitungen verkaufen und rund 200 Unterschriften für die "Aktion Handeln" sammeln.

Den Abschluß des Lagers stellte ein Veranstaltung dar, bei der die Teilnehmer als Aufputz mißbraucht wurden. Sie fand beim neuerbauten "Arce de la Fraternite" statt und war ein pompöses Spektakel, das mit den Prinzipien der (bürgerlichen) Revolution von 1789 nur mehr theoretisch etwas zu tun hatte. Wir wurden in ein eingezäuntes und strengstens bewachtes Areal geführt um dem "Singen für die Menschenrechte" beizuwohnen. Das abgezaunte Gelände war nur zu ca. 1/3 voll, während sich draußen tausende Jugendliche drängten, die hinein wollten und auch versuchten, die Absperrungen zu stürmen. Von uns hatte niemand gewußt, was bei dieser Veranstaltung eigentlich geschehen sollte. So hatten wir dann das Gefühl eine privilegierte Minderheit zu sein.

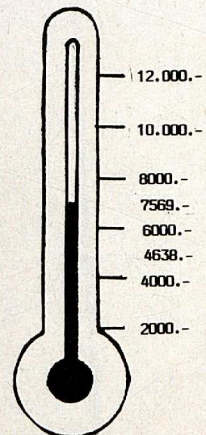
Als die Jugendlichen draußen begannen "Egalite" d.h. "Gleichheit" zu rufen, hatten wir entgegnet das Gefühl auf der falschen Seite der Absperrung zu sein! Doch die SJ tat, nach einigem Zögern, das einzig Richtige und verließ das Gelände mit wehenden roten Fahnen vor Ende der Veranstaltung.

Michael Bonvalot SJ 5

KAMPFFOND

Der Sommer bedeutete auch für uns wie für die meisten Arbeiter und Jugendlichen Urlaubs- und Reisezeit. Dementsprechend international setzen sich auch die Spenden für VORWÄRTS zusammen: Beim internationalen Jugendcamp haben wir 82 Zeitungen verkauft, britische Jungsozialisten unterstützten uns durch Zeitungs- und Postkartenkäufe mit 770,- und amerikanische Gewerkschafter, die gerade für eine unabhängige Arbeiterpartei in den USA kämpfen, bezahlten drei- und vierfache Solidaritätspreise. Bei Zeitungsverkäufen in Wien war die Unterstützung für unsere Ideen ebenfalls sehr positiv, besonders Handelsangestellte zahlten gerne 10,- und mehr für die Zeitung.

VORWÄRTS ist auf Eure Unterstützung angewiesen. Für eine starke marxistische Arbeiterpresse!



SOWJET UNION:

STREIK DER

Primitive Arbeitsbedingungen, kriminelle Sicherheitsvorkehrungen, starke Umweltverschmutzung... All diese Faktoren bestimmen das Leben der sowjetischen Bergarbeiter.

Die sowjetischen Zechenanlagen sind total veraltet, in der Hälfte der sowjetischen Kohlegruben wird die Kohle noch mit der Hand gewonnen, es gibt praktisch keine Arbeitssicherheit und in den letzten 9 Jahren verloren 10.000 Bergleute, fast soviele Menschen wie in Afghanistan, das Leben. Der Zuwachs der Realeinkommen war in den letzten 50 Jahren grundsätzlich niedriger als die Wachstumsraten des Sozialproduktes. Die durchschnittliche Wohnfläche der Bewohner von Donesk beträgt 6,9 qm, auf eine Wohnung wartet man 10 bis 12 Jahre. Es ist praktisch unmöglich, im Sommer einen Platz in einem Ferienort zu bekommen.

Die Geschäfte sind nicht einmal mit dem Notwendigsten versorgt, es fehlen die einfachsten Dinge wie warme Kleidung, Schuhe und Seife. Wasser ist rationiert und viele Lebensmittelarten fehlen überhaupt. Durch die verheerende Umweltverschmutzung liegt die Lebenserwartung in

den verqualmten Siedlungen des Kusbass bedeutend unter dem Durchschnitt. In 102 sowjetischen Städten liegt die Luftverschmutzung 10 mal höher als die Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation. Bis zu 40% der Sowjetbürger leben unter ungünstigen Umweltbedingungen, 20% in ökologischen Katastrophengebieten. In Usbekistan stirbt jedes 10 Kind im ersten Lebensjahr an Umweltschäden. Es ist daher nicht verwunderlich, daß es zu Massenprotesten kam, vor allem, wenn man die provokanten Privilegien der Bürokratie auf der anderen Seite in Betracht zieht.

Streik

Im Juli brach eine Streikwelle über die Kohlegebiete der Sowjetunion, von der Ukraine bis Sibirien, zu den nördlichen Kohlefeldern im Arktiskreis aus. 500.000 Kumpel nahmen an diesem Streik teil. Die Arbeiter forderten mehr Lebensmittel ("Fleisch für alle"), höhere Gehälter, stabile Preise und bessere Sicherheitsbedingungen. Sie hatten aber sehr wohl auch politische Forderungen wie die Selbstverwaltung der Bergwerks-

betriebe, mehr Mitbestimmung, die Abschaffung aller Funktionsprivilegien sowie eine neue Verfassung (d.h. einen Machtwechsel).

Im Streik wählten sich die Arbeiter ihre eigenen Organe: Streikkomitees und Arbeitermilizen, die die Ordnung aufrechterhielten. Die Arbeitermilizen schloßen die Wodkaäden und stellten an den Straßen Alkoholtestposten auf. In Sibirien sank die Kriminalität und Ausnüchterungszellen blieben erstmals leer!

Das Streikkomitee zitierte die höchsten Parteifunktionäre zu sich und führte die Verhandlungen. Tatsächlich machte die Bürokratie große Zugeständnisse, so etwa erkämpften sich die Kumpel das Streikrecht. Die Streikkomitees tagen als Arbeiterkomitees auch noch nach dem Streik. Es ist somit in Teilen Sibiriens eine Situation der Doppelherrschaft entstanden. Tatsächlich bilden die Arbeiterkomitees als Vorstufe der Arbeiterräte und Milizen als Vorgänger der proletarischen Armee die Keimzellen des wirklichen Arbeiterstaates.

Lehren

Die sowjetische Arbeiterklasse befindet sich in der Offensive und gewinnt wieder an Selbstvertrauen. Die Minenarbeiter haben gezeigt, daß sie für ihre fundamentalen Rechte kämpfen (z.B. gegen die Preisreform). Warum aber macht die Bürokratie so große Zugeständnisse wie das Streikrecht: Würde sie dies nicht tun, so wäre das Programm der Arbeiter noch schärfer und für ihre Privilegien betrofflicher



BERGARBEITER

geworden. Die Bürokratie konnte nur aus einem Grund solange herrschen: Durch die Abschaffung des Kapitalismus wurde ein großer Fortschritt erreicht. Trotz übermäßiger Bürokratie, die zwangsläufig Korruption und Fehlplanung hervorruft, und Ausschaltung der Arbeiterdemokratie. Doch heute spielt sie eine absolut hemmende Rolle. Gorbatschow bereitet nun einen neuen Angriff auf die konservativen Schichten der Bürokratie vor. Aber indem er die Gesichter des Politbüros austauscht, kann er die Probleme der heutigen Krise nicht lösen, da sie eine

Krise des gesamten bürokratischen Systems ist, dem auch die Gorbatschowfraktion angehört. Wenn sich der Druck der Massen verschärft wird sich die Krise noch mehr vertiefen und wenn es sich die Bürokratie nicht mehr leisten kann Zugeständnisse zu machen, wird sie wieder auf Repressionen zurückgreifen. Doch die Arbeiterklasse muß sich ihrer Stärke bewußt werden und nicht nur die Repressionen, sondern das ganze bürokratische System bekämpfen und so den Weg für eine wirklich sozialistische Entwicklung bahnen.

David Mum SJ 23



1917 formulierte Lenin in seinen Buch "Staat und Revolution" die 4 grundlegenden Punkte für die Herrschaft der Arbeiterklasse.

- 1) Alle Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein.
- 2) Kein Funktionär darf mehr verdienen als ein durchschnittlicher Facharbeiterlohn.
- 3) Kein stehendes Heer, sondern ein bewaffnetes Volk.
- 4) Rotierende Besetzung von Ämtern durch Arbeitszeitverkürzung und Fortbildung: Wenn jeder Bürokrat ist, ist niemand ein Bürokrat.

Kein einziger dieser 4 Punkte ist heute in der Sowjetunion oder in einem der anderen "sozialistischen" Staaten verwirklicht. Ihre Wiedereinführung würde nicht eine bloße Reform, sondern den Sturz der Bürokratie bedeuten. Deshalb haben auch die "radikalsten" Bürokraten (wie z.B. Jelzin der auch gegen den Streik war) kein Interesse, daran auch nur einen dieser Punkte zu fordern. Die Macht wird den Arbeitern nicht von oben zurückgegeben werden - sie müssen sie sich erkämpfen!

Buchtip : Verraten Revolution von Leo Trotzki

1917 gelang im noch halbfeudalen Rußland die erste siegreiche proletarische Revolution, die sich trotz 21 imperialistischer Armeen und dreijährigem Bürgerkrieg behaupten konnte. Die SU stand vor der Aufgabe 170 Millionen zu ernähren und das Erbe der Vergangenheit, die niedrige Arbeitskultur und vielfach unterentwickelte Industrie zu überwinden. Aufgrund der Konzentration der Produktionsmittel in staatlicher Hand und planmäßiger Leitung konnten gewaltige Fortschritte gemacht werden.

1936 zieht Trotzki in der "Verratenen Revolution" Bilanz: "Neben den beschriebenen Fortschritten erschüttern soziale Gegensätze das Land. Die proletarische Revolution blieb international wegen der Rolle der reformistischen Führer und später auch Stalins aus."

Wie entstand die neue herrschende Schicht, deren vollkommenster Ausdruck Stalin war? "Ursache dafür sind die Armut und Rückständigkeit. Wenn genug Waren im Laden sind, können die Käufer kommen wann sie wollen. Wenn die Waren knapp sind, muß ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist ist der Ausgangspunkt für die Macht der Bürokratie."

Den Gegenpol zur Politik der Stalinfraktion bildete die Linke Opposition unter Trotzki's Führung. Sie wurde später wie alle alten Bolschewiki ausgeschlossen und blutig verfolgt. Leo Trotzki's Buch ist nach wie vor eines der wichtigsten Werke, um die Vorgänge in den Ostblockstaaten zu analysieren.

Enteignet die Spekulanten!

Ein neuer Skandal prägte die Schlagzeilen der letzten Wochen und Monate in der heimischen Medienszene: Der Salzburger Baukandal. Der Diebstahl an mindestens 30 000 Kleinanlegern der "Gemeinnützigen Wohnungseigentums AG (WEB)" wurde deshalb publik, weil er sogar nach den Buchstaben des bürgerlichen Gesetzbuches illegal war. Nicht publik gemacht wurde von den bürgerlichen Medien, aus gutem Grund, der ganz legale Skandal der auf dem Wohnungsmarkt tagtäglich existiert und immer schranken- und uferloser wird.

Ein Dach über dem Kopf zu haben gehört zu den wichtigsten Grundbedürfnissen jedes Menschen. Wie groß, wie gut ausgestattet eine Wohnung ist, zählt zu den wichtigsten Faktoren der Lebensqualität. Nicht umsonst war und ist der Kampf gegen Hausbesitzerwillkür, Mietsenwucher, schlechte und zu kleine Wohnungen immer einer der Hauptkampfpunkte der Arbeiterbewegung. Außerdem bedeutete für Sozialisten Wohnungspolitik immer mehr als ein bloßes Dach über dem Kopf. Wir brauchen nur an die in diesem Bereich hervorragenden Ansätze des roten Wien der 20er Jahre denken. Doch der Kapitalismus ist selbst in den entwickeltesten Staaten - von den exkolonialen Ländern ganz zu schweigen - unfähig dieses Dach über dem Kopf zu garantieren. In den Traumländern von Riegler, Mock und Haider, USA und GB, gehört Obdachlosigkeit und absoluter Mietpreishorror zum Alltagsbild. Mieten von 5.000-10.000 \$ für 1 Zimmerwohnungen sind grausame Realität.

Auch die BRD, die reichste kapitalistische Nation Europas, geht unter der reaktionären Regierung Kohl mit Riesenschritten in diese Richtung. Mieterschutzgesetze, eine Er-rungenschaft der SPD/FDP-Re-

gierung in den 70er Jahren sind schrittweise liquidiert worden. Kommunaler Wohnbau wird zusammengestrichen, Spekulanten-tür und Tor geöffnet. Eine Million Menschen, davon 60 % Kinder und Jugendliche hausen in unserem Nachbarland bereits in Obdachlosenunterkünften. Und es werden immer mehr.

Österreich soll auch in diesem Sinn für die Kapitalisten "europareifer" werden. Alle Fakten deuten darauf hin:

Die Mieten für "Billig"-wohnungen haben sich in den letzten 10 Jahren fast verdreifacht, während Löhne und Gehälter im selben Zeitraum nur um ca. 60% gestiegen sind. Jeder hundertste Wiener ist bereits ein obdachloser Wiener. Fast jeder zehnte Mehrpersonenhaushalt hat eine Nutzfläche von weniger als 35qm. 50.000 suchen alleine in Wien eine Wohnung. Demgegenüber stehen ebenfalls nur in Wien 100.000 Wohnungen leer. Die Antworten der Bundes- bzw. Stadtregierung auf diesen Skandal sind aber nicht verstärkte Althausanierungs oder kommunale Wohnbauprogramme, im Gegenteil. Ganz im Stil der bundesdeutschen "Vorbild"-

Regierung zieht sich der Staat aus dem Wohnungsbau zurück, demontiert Mieterschutz-gesetze und überläßt Spekulanten die Sorge um das "Menschenrecht Wohnen". Beispiele für diese Politik gibt es genug: Alte Häuser werden nicht renoviert, sondern deren Mieter mit oft kriminellen Methoden vertrieben, um mit Abriss und Grundverkauf Profite zu machen. In Wien werden von der Stadt nur mehr 500 Wohnungen gebaut (1984 waren es noch 1800). Eine Gemein-de-wohnung in Wien zu bekommen ist eine langwierige, schwierige und im Endeffekt oft nicht gerade billige Angelegenheit. Durch Verwässerung von Mietzins-

berechnungsgrundlagen werden immer bessere Möglichkeiten für Mietsenwucher geschaffen. So gibt es z.B. keine Höchstsätze für Mieten bei Nutzung der Wohnung zu geschäftlichen Zwecken. Dadurch vermieten viele Hausbesitzer Wohnungen als Geschäfts-räume.

Besonders für junge Menschen ergibt sich eine immer unerträglichere Situation. Gerade die eigene Wohnung ist ein wesentlicher Punkt zur selbst-ständigen Entwicklung. Doch immer stärker haben die, durch die Regierungspolitik begünstigten privaten Spekulanten und Maklerfirmen, das Sagen, wer eine Wohnung und vor allem zu welchem Preis bekommt. Wenn es nach FPÖ und ÖVP geht, soll der Staat seine Wohnbautätigkeit komplett stoppen. Bereits vorhandene Gemeindevohnungen sollen privatisiert werden. Gerne verstecken die Bürgerlichen ihren wahren Interessen hinter der Forderung, daß die Mieter Eigentümer ihrer Wohnungen werden sollen. Daß sie dafür Millionen-beträge bezahlen müßten und der Staat als Geldgeber für die horrenden Bankzinsen ein-springen soll (jede geborgte Wohnungsmillion bedeutet im Durchschnitt 1,5 Millionen bei der Rückzahlung), verschweigen sie.

Gerade in Zusammenhang mit Wohnungsbau und Mieterschutz waren einige SPÖ-Politiker in Finanzskandale verwickelt. Um



eine echte Demokratisierung auf diesem Sektor durchzuführen, wäre als erster Schritt die Offenlegung aller Geschäftsbücher notwendig. Für die Funktionäre müßten, wie für alle gewählten Vertreter, die jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit gelten. Zudem dürfte seine Entlohnung nicht höher sein als die eines durchschnittlichen Facharbeiters. Denn nur, wenn er nicht mehr verdient, als diese, kann er nachvollziehen, welche Anforderungen (Preis, Größe, Aufbau) an eine

Wohnung gestellt werden. Wohnen ist eines der elementarsten Grundbedürfnisse des Menschen. Es darf nicht länger in den Händen der Spekulanten bleiben sondern muß von uns selbst verwaltet werden - nur dann kann es den Anforderungen gerecht werden. Daher fordern wir:
* Rücknahme aller mieterfeindlichen Maßnahmen.
* 30qm Mindestwohnfläche plus Nebenräume.
* Mieten dürfen nie mehr als

20% des Nettoeinkommens aus-machen.
* Groß angelegtes Sanierungspro-gramm zur Anhebung der Lebens-qualität.
* Verbot des privaten Speku-lantentums. Meldepflicht für leerstehende Wohnungen und demo-kratische Wohnungsvergabe auf kommunaler Ebene unter Gewerk-schaftskontrolle.
* Enteignung der großen Bauge-sellschaften und Überführung in demokratische Arbeiterver-waltung.
John Evers SJ 5

WAS WIR WOLLEN

Liebe Genossen/innen

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Jede der Übergangs-forderungen ist für sich be-trachtet notwendig; die Gesamt-heit der Forderungen können wir nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische System über-winden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, schreibt uns, wir werden jede solidarische Kritik gerne diskutieren.

SPÖ

* Wir wollen eine absolute Mehrheit der SPÖ auf Grundlage eines sozialistischen Pro-grammes.

* Alle Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und kein Parteifunktionär darf mehr verdienen als ein durchschnittlicher Fach-arbeiter. Schluß mit Privilegien für Partei-funktionäre - sie müssen wissen, wen sie vertreten.

* Die SPÖ muß durch konsequente sozialistische Politik zeigen, wen sie vertritt - die arbeitende Bevölkerung.

Wohnen

* Die Wohnkosten dürfen nie mehr als 20% des Nettoein-kommens ausmachen, um ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

* Wir fordern die Überführung von Bau- und Wohnungswesen in Gemeineigentum, um Spekula-tion und Ausbeutung zu unter-binden.

Jugendarbeitslosigkeit

* Wir fordern einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden.

* Ausbildung muß aus der Unter-nehmerhand genommen werden. Wir sind für die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungs-stätten, die von den Gewerk-schaften geleitet werden. Für die Finanzierung der Ausbildung soll der Profit der Unternehmer dienen.

Bildung

* Wir fordern kostenlose Bildung für alle und jederzeitige Möglichkeit für alle Lohnab-hängigen, sich bei voller Lohnfortzahlung kostenlos

weiterzubilden.

* Schluß mit Leistungsdruck und Auslese, für eine voll-ständige Überarbeitung und Kontrolle der Lehrinhalte durch Schüler, Lehrer, Eltern und Gewerkschaften!

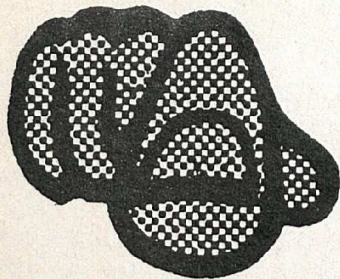
* Für die sofortige Einführung des 10.Pflichtschuljahres und des 2.Berufsschuljahres.

* Für die Abschaffung des dualen Bildungssystems, keine Trennung zwischen berufs- und allgemeinbildenden Schulen.

Arbeitszeitverkürzung und neue Technologien

* Wir fordern die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn und die weitere Senkung der Arbeitszeit entsprechend dem technologischen Fort-schritt.

* Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals - für einen syste-matischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern in einer demo-kratischen Planwirtschaft mit dem Ziel, die Wochen-arbeitszeit auf ein Minimum zu senken.



Lohn

- * Für die Einführung der gleitenden Lohnskala! D.h. Lohnerhöhungen müssen mindestens die Steigerung der Lebenshaltungskosten abdecken.
- * Für die gleitende Skala der Arbeitszeit: Aufteilung der Arbeit auf alle. Entsprechende Festlegung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.
- * Mindestlohn von 12.000 öS netto pro Monat für die gesamte arbeitende Bevölkerung.
- * Für alle die nicht arbeiten ein dichtes soziales Netz, das jedem eine lebenswerte Existenzgrundlage bietet.

Für eine demokratische Planwirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen nicht der Profitgier der Kapitalisten ausliefert, auf Grundlage der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel.

Umwelt

- * Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmer mit Arbeitsplätzeabbau, Fabriksstillegungen - entschädigungslose Enteignung und Arbeiterkontrolle!
- * Forcierung der Forschung auf dem Umweltsektor.
- * Stärkere Schutzbestimmungen gegen gesundheitsschädliche Faktoren am Arbeitsplatz.
- * Sofortige Stilllegung aller AKWs in Ost und West. Einbau von Filteranlagen in allen kalorischen Kraftwerken.

Verstaatlichte

- * Schluß mit den Entlassungen in der Verstaatlichten Industrie!
- * Wir fordern die Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken Österreichs.
- * Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen zu gleichen Teilen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates übernehmen.

Für eine geplante Wirtschaft

- * Planen wir die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit, nicht nach den Profiten!
- * Demokratische Arbeiterplanung, -kontrolle und -verwaltung über die Betriebe, um bürokratische Auswüchse wie in den stalinistischen Ländern zu verhindern

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!

**SPENDET
FÜR**

VORWÄRTS

**Das Spendenkonto:
PSK 1.670.350**

Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift

Ich möchte

- VORWÄRTS abonnieren
- 5 Ausgaben zu 50,- öS
- 10 Ausgaben zu 100,- öS
- ein VORWÄRTS-Förderabo
- zu öS ... beziehen
- (ab 100,-öS)
- Auslandsabo(5 Ausgaben:80,-)

Einsenden an:

VORWÄRTS c/o Andrea Koch, Grenzackerstraße 19/9/4, 1100 Wien

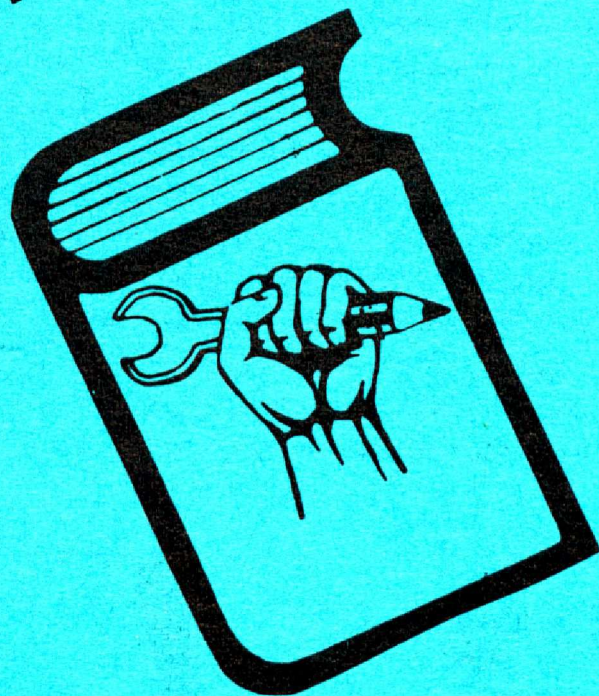


PROGRAMM

DER

Sozialistischen Jugend 5

Gruppe VORWÄRTS



Alle VERANSTALTUNGEN

der Gruppe VORWÄRTS um 19^h

im Jugendzentrum 5, Grünwaldg.4

13. September: Chile

Vor 16 Jahren wurden die Hoffnungen von hunderttausenden chilenischen Arbeitern durch einen blutigen Militärputsch zerstört. Doch in all den Jahren ist es dem Regime nicht gelungen, den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen ...

11. Oktober: Welche Zukunft hat die Jugend?

Jugendliche sind in unserer Gesellschaft mit vielen Problemen und Angriffen konfrontiert (Umweltproblematik, Jugendarbeitslosigkeit, Leistungsdruck, niedrige Löhne, hohe Preise,...). Welche Perspektiven haben Jugendliche in unserer Zeit? Welche Lösungen gibt es? Zu dieser Veranstaltung werden wir auch einen Vertreter der jungen ÖVP einladen, um uns seinen Standpunkt anzuhören.

20. September: Lebens- und Arbeitssituation der Handelsangestellten

Der Bereich Handel stellt einen besonderen Schwerpunkt unserer Herbstarbeit dar. (Siehe Sonderflugblatt) Wir haben vor, durch eine sechswöchige Kampagne die Unterschriftenaktion der CPA zum Thema "Ladenschluß" aktiv zu unterstützen.



25. Oktober: Ladenschluß - wie wehren wir uns?

In einer Podiumsdiskussion gemeinsam mit Aktivisten der Gewerkschaftsjugend wollen wir Möglichkeiten diskutieren um die immer schärferen Unternehmerangriffe abzuwehren und den gemeinsamen Kampf zu organisieren.

8. November: Jahresgruppenkonferenz der SJ 5/ Gruppe Vorwärts
Diskussion: Oktoberrevolution - Bürokratie und Gorbatschow
1917 eroberte zum ersten Mal in der Geschichte die Arbeiterklasse die Macht. Können durch Gorbatschows Reformen Schritte in Richtung Arbeiterdemokratie gesetzt werden?



29. November: Frauen in der heutigen Gesellschaft
Wie können wir die Gleichberechtigung von Mann und Frau erreichen?

13. Dezember: Rheinhausen - Stahlarbeiter kämpfen um ihre Zukunft
Vor zwei Jahren war das Ruhrgebiet Schauplatz von Massendemonstrationen und Demonstrationen. ... können wir von diesen Bewegungen lernen?

20. Dezember: Große Weihnachtsorgie

f.d.I.v.:John Evers

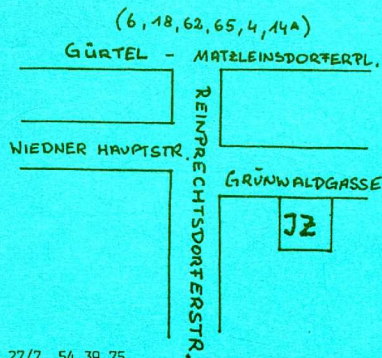
5,Gießaufg.27/7 54 39 75



15. November: Was ist marxistische Philosophie?

Vor mehr als hundert Jahren schrieben Marx und Engels die Klassiker der sozialistischen Philosophie. Sind sie heute noch gültig?

22. November: Marxistische Philosophie II





PLATSCH

